

Ressort: Finanzen

Studie: Im Öffentlichen Dienst fehlen 110.000 Vollzeitstellen

Berlin, 16.11.2016, 01:00 Uhr

GDN - Im öffentlichen Dienst von Bund, Ländern und Gemeinden fehlen derzeit rund 110.000 Vollzeitstellen. Besonders betroffen sind Polizei, Schulen, Universitäten und Kitas sowie die Finanzverwaltung: Zu diesem Ergebnis kommt der Finanzexperte Dieter Vesper in einer Studie, die im Auftrag des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung erstellt wurde und über die die "Berliner Zeitung" (Mittwochausgabe) berichtet.

Der Untersuchung zufolge handelt es sich beim aktuellen Personalmangel um Nachwehen des extremen Stellenabbaus zwischen 2002 und 2008. In diesem Zeitraum seien 370.000 Vollzeitstellen im öffentlichen Dienst gestrichen worden, so Vesper. Zwar habe man in den Jahren nach 2008 wieder vermehrt Einstellungen vorgenommen. Dennoch verfüge der Öffentliche Dienst mit insgesamt über knapp 200.000 Vollzeitstellen weniger als 2002. Die Zahl nahm demnach von 4,3 auf 4,1 Millionen ab. Laut Vesper sind bundesweit zusätzlich 10.000 Lehrkräfte sowie knapp 42.000 Erziehern notwendig, auch um die Herausforderungen des Flüchtlingszuzugs zu bewältigen. Zudem müssten wegen absehbar weiter steigender Studentenzahlen bis 2025 zwischen 5000 und 10.000 Professoren eingestellt werden. Während im Polizeibereich in den ostdeutschen Ländern laut Studie kein Personalmangel herrscht, fehlen in den westlichen Bundesländern insgesamt rund 14.000 Beamte sowie noch einmal 1.000 Stellen bei der Bundespolizei. Für die Finanzämter ermittelte Vesper 35.000 Vollzeitstellen, die zusätzlich geschaffen werden müssten. Neueinstellungen sind auch nach Ansicht der stellvertretenden DGB-Vorsitzende Elke Hannack überfällig: Nach Jahrzehnten des Abbaus müsse die Politik "langfristig massiv in eine bedarfsgerechte Personalausstattung" investieren, sagte Hannack der "Berliner Zeitung". Neben dem von Vesper ermittelten Bedarf an mehr als 100.000 Mitarbeitern stehe der öffentliche Dienst vor einer Pensionierungswelle: "Allein dadurch sind jährlich zusätzlich über 100.000 Stellen neu zu besetzen." Die Personalknappheit äußere sich in enormen Überstundenrekorden, hohen Krankenständen und langen Warteschlangen vor Bürgerämtern: "Die Leistungen der öffentlichen Hand müssen wieder besser werden." Nach Berechnungen des Finanzexperten Vesper kämen bei einem allmählichen Aufbau um 20.000 Stellen pro Jahr bis 2022 je eine Milliarde Euro zusätzlicher Personalkosten auf die öffentlichen Haushalte zu. Von 2022 an wären das mithin sechs Milliarden Euro pro Jahr, verteilt auf Bund, Länder und Gemeinden. Eine angesichts der Haushaltsüberschüsse zumutbare Belastung, findet Vesper: "Das sollte für die Politik in jedem Fall ein lösbares Problem sein."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-80953/studie-im-oeffentlichen-dienst-fehlen-110000-vollzeitstellen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com